

## **Bilaterale Verträge - ein Schritt zu viel!**

Bei einer kürzlichen Meinungsumfrage waren mehr als ein Drittel der StimmbürgerInnen unschlüssig, was sie am 21. Mai stimmen sollen. Auch bei den Ja zeigte sich ein schlechtes Gefühl, als ob dieses Ja doch nicht das richtige sei; als ob man in etwas gegen seinen Willen hinein "bugsiert" ( die Amerikaner sagen dem "railroaded" ) werde; als ob man nicht die volle Wahrheit zu hören bekomme, und schliesslich als ob die Dinge bereits entschieden seien und die eigene Stimme daran nichts zu ändern vermöge.

### **Ein trauriges Bild für die direkte Demokratie**

Der Grund für diese **Stimmung**, die leicht in einer **schlechten Wahlbeteiligung** enden könnte, ist einfach der, dass der Grossteil der Medien, die grossen Parteien, alle massgebenden Stellen in Politik, Wirtschaft und den zuständigen Behörden, mit dem Bundesrat an der Spitze, beschlossen haben, das Volk müsse Ja zu den bilateralen Verträge sagen. Dazu wird ein überdimensionierter publizistischer Aufwand getrieben, bei dem es weniger um eine möglichst vollständige, objektive Information über die Vor- und Nachteile der bilateralen Verträge geht, als vor allem darum, dem Volk einzuhämmern, die Verträge seien gut und von grosser Bedeutung für die Zukunft des Landes.

Der einfache Schweizer stellt sich die simple Frage, wenn denn diese Verträge für das Land so formidabel sind., warum haben dann Bundesrat und Parlament von sich aus kein Referendum vorgesehen und warum ziehen sie ein so grosses Theater auf, um das Volk zu einem Ja zu bringen. Warum haben sie Angst vor einer offenen demokratischen Auseinandersetzung? Oder geht es einfach darum, die Schlappe des Nein zum EWR am 6.Dez.1992 auszuwetzen, gewissermassen dem Stimmvolk beizubringen, wer letztlich das Sagen hat. Das wäre der Anfang vom **Ende der direkten Demokratie**. Der Abstimmung am 21.Mai kommt so eine über die Bilateralen hinausgehende Bedeutung zu.

## Undemokratischer Druck auf das Stimmvolk

Auf dem Hintergrund dieses **Machtkampfs** gegen das **Stimmvolk**, wird ( unbekümmert der dazu benützten Steuergelder) kein Mittel gescheut, um jeden einzelnen Stimmbürger systematisch und massiv unter Druck zu setzen - wenn er Nein sage, dann sei er, so sagte Bundesrat Couchepin anlässlich eines Pressegesprächs in Basel, nicht nur ein **schlechter Patriot**, sondern auch Schuld daran, wenn die Schweiz endgültig ins **Abseits** gerät. In diesem Zusammenhang wird besonders seit dem Nein zum EWR im Jahre 1992 die These vertreten, mit der Zeit würde die Schweiz zu einem isolierten, wirtschaftlich dahinsiechenden, sozial und kulturell rückständigen Land werden.

In Wirklichkeit ist davon wenig zu sehen. Nach wie vor, und vielleicht gerade weil das Land nicht Mitglied der EU ist, geht es ihm nicht nur wirtschaftlich, politisch und sozial besser als allen anderen EU-Ländern, sondern auch weltweit wird die **Schweiz** erneut wegen ihrer **Neutralität** und **Unabhängigkeit** nicht nur von Tausenden in Not geratener Menschen als letzter **Zufluchtsort** gesucht, sondern Staatsleute und Wirtschaftsführer haben Zutrauen in die Schweiz als ein für sie **sicherer Treffpunkt** (das kürzliche Clinton - Assad Treffen in Genf oder das jährliche Davoser-Seminar führender Persönlichkeiten ).

## Die genau gleiche Irreführung wie 1992 beim EWR

Von den massgebenden Entscheidungsträgern des Landes wird bewusst der **Irrtum** aufrechterhalten, das **Ja** zu den **bilateralen Verträgen** bedeute noch keineswegs ein **Ja** zum **Beitritt zur Europäischen Union (EU)**; es gäbe danach noch viel Zeit, Jahre, wenn nicht gar ein Jahrzehnt, den endgültigen Entscheid zu treffen. Bis dahin werde sich die EU so in Richtung eines demokratischen, nach aussen offenen Gebildes gewandelt haben, dass ein Beitritt auch für die Schweiz zumutbar sein könnte.

In Wirklichkeit entwickelt sich die EU immer mehr

zu einem in sich **geschlossenen Block**, der wegen den neuen Mitgliedskandidaten in verschiedene Kreise aufgeteilt werden soll mit einem kleinen, alles entscheidenden Kern, der vor allem aus (Deutschland) zusätzlich drei bis vier der grossen Mitgliedstaaten (Frankreich, Grossbritannien Italien oder Spanien) bestehen dürfte. Die anderen Mitglieder würden sich in näheren oder weiteren Kreisen um diesen Kern satellisieren.

Ziel ist ein innerer **straffer und disziplinierter Zusammenhalt**, der den kleinsten Fehltritt rasch, wie zum Beispiel bei Oesterreich, zu ahnden vermag. Nach aussen ist das Ziel eine entscheidende **Weltmacht**, gestützt auf wirtschaftliche, finanzielle und militärische Macht zu werden, und volle Sicherheit bei sich zu Hause ( von vielen die Festung Europa genannt) zu garantieren. Also eine Entwicklung, die keineswegs in Richtung eines demokratisch aufgebauten Bundesstaats geht, sondern eher auf der Linie eines Einheitsstaats ( einem **Europäischen Reich** ) liegt.

#### **Rasche Schritte zur EU**

Im Gegensatz zu denjenigen, die bei einem Ja am 21.Mai eine längere **Denkpause** einschalten möchten, ist Bundesrat **Couchepin** da ganz anderer Ansicht: man müsse sofort mit einer **zweiten Serie von bilateralen Verträgen** nachdoppeln und das **strategische Ziel des EU-Beitritts** nicht aus den Augen verlieren. Auf gut deutsch heisst das, entweder gleich die Beitrittsverhandlungen reaktivieren oder eine **zweite oder gar dritte Serie von bilateralen Verträgen** in Angriff nehmen.

Gegenstände solcher Verhandlungen werden zweifellos Themen sein, an welchen die EU mehr als die Schweiz interessiert ist: zum Beispiel eine Steuerharmonisierung, einschliesslich einer Erhöhung der schweizerischen Mehrwertsteuer auf 15%, gemäss dem bereits in den ursprünglichen Verträgen der Union verankerten Prinzip "gleicher Wettbewerbsbedingungen", Uebernahme des EURO, Anpassung an die Bestimmungen des Vertrags

von Amsterdam über eine gemeinsame Aussen- und Sicherheits- sage -Militärpolitik der Gemeinschaft, vollständige Abschaffung der Ursprungsregelung des Freihandelsabkommens der Efta mit der EU aus dem Jahre 1972 und vieles andere mehr.

Die von schweizerischen Wirtschaftsführern, insbesondere dem Präsidenten des Vororts, an den vorliegenden Verträgen so viel gerühmten Erleichterungen inbezug auf die Dokumente und Formalitäten für den Export nach der EU werden zur Folge haben, dass diese Kontrollen natürlich auch für die Exporte von der EU nach der Schweiz abgebaut würden. Da die Schweiz wesentlich mehr von der EU importiert als umgekehrt würde schon allein dies einen Nachteil bedeuten. Auf jeden Fall würde damit die **Schweiz weit geöffnet** werden nicht nur für die EU, sondern auch für Produkte und Dienstleistungen aus Drittländern, die wegen den vollständig ungenügenden Kontrollen an der gemeinsamen, bekannterweise stark durchlöchernten EU-Zollmauer aus **Drittstaaten schwarz in den EU- Raum** gelangen und von da bereits nach dem Ja am 21. Mai ungehindert nach der Schweiz weiterwandern könnten.

Das gleiche wird auch inbezug auf die **Personen-Freizügigkeit** passieren, indem sich Massen von Flüchtlingen, aber auch Kriminelle noch viel leichter in die Schweiz einschmuggeln und als Schwarzarbeiter zu Dumpinglöhnen oder zu sonstigen Umtrieben noch weniger als heute kontrolliert werden könnten. Das ist nämlich der wahre Grund, warum die EU das Dubliner - Abkommen, wonach das Erstasyl - Land verpflichtet ist Flüchtlinge, die weitergewandert ( zum Beispiel in die Schweiz) sind, zurückzunehmen, nicht der Schweiz gewähren will.

Je näher der 21.Mai rückt, desto mehr Anzeichen deuten darauf hin, dass die **Vorbereitung** zu solchen zusätzlichen Verhandlungen, ob Beitritt oder neue Serien von bilateralen Verträgen, bereits **voll im Gange** ist. Seitens der Behörden

und anderen EU - Befürwortern gibt man sich nicht einmal mehr die Mühe, sie vertraulich zu behandeln. Stimmt das Volk am 21. Mai Ja, was für Bundesrat Couchepin sicher ist, dann wird er als grosse Ueberraschung die Pläne einer weitergehenden, bereits jetzt ins kleinste Detail vorbereiteten Integration in die EU offen an den Tag legen.

### **Die kalte Integration**

Bereits heute ist die Schweiz über die sogenannte **Swisslex** ( autonome Uebernahme von EU-Recht in Verletzung des Volksentscheids von 6. Dezember 1992 und ohne zusätzliche Vorlage dem Stimmvolk) gewissermassen **auf kaltem Wege in die EU integriert** worden. Mit der zusätzlichen Uebernahme von EU-Recht durch die bilateralen Verträge und die üblicherweise damit verbundenen zahlreichen Ausführungsbestimmungen dürfte das in der Schweiz geltende Gemeinschaftsrecht weit über die 50% des für einen Beitritt, insbesondere eine volle Beteiligung am grossen Markt massgebenden materiellen EU-Rechts ( also ohne die meisten administrativen und organisatorischen Normen) erreichen.

Damit wäre bei der, wohlgefällig vom Bundesrat als Politik der kleinen Schritte bezeichneten Annäherung an die EU **ein Schritt zuviel getan: mit oder ohne einen formellen Beitritt wäre die Schweiz auf kaltem Wege in die EU integriert**. Sie wäre faktisch nicht mehr in ihren **Entscheidungen unabhängig**, auch zum grossen Teil Drittländern gegenüber. Jedes Mal wenn sie etwas konkretes entscheiden möchte, wäre sie daran durch das Gestrüpp der sie umringenden in die tausenden gehenden und äusserst komplizierten EU-Rechtsnormen und durch die damit verbundenen praktischen Konsequenzen behindert.

Ja, unsere obersten Behörden haben Recht, wenn sie uns sagen, die bilateralen Verträge seien weniger wegen ihrem materiellen Inhalt ( dessen Bilanz ohnehin bei näherem Zusehen eindeutig zum Nachteil der Schweiz ausfällt), sondern vor allem wegen ihrem **symbolischen Charakter**

eines **wichtigen Schritts der Annäherung an die EU** von Bedeutung; oder wie das kürzlich Bundesrat Leuenberger formulierte, sei die Zustimmung zu den bilateralen Verträgen vornehmlich eine Sache des Herzens unseren Nachbarstaaten gegenüber. Wie eine solche Einstellung von den EU-Staaten gewürdigt wird, darüber könnten dann wohl die Oesterreicher am besten Auskunft geben...

#### **Warnung vor diesem so hochgejubelten Schritt**

Dieser von den massgeblichen Kreisen des Landes hochgejubelte Schritt in Richtung eines Beitritts zur EU, denn um das geht es in Wirklichkeit am 21.Mai, wird sich sehr rasch für die **Unabhängigkeit** des Landes noch viel **katastrophaler** auswirken, als die **materiellen Nachteile** der Verträge selber, bestehend aus:

einer unkontrollierbaren Lawine von Lastwagen, die damit verbundenen Kosten und Subventionen für die Verlegung der Strassentransporte aus ganz Europa ( nach dem Brand im Montblanc-Tunnel noch weit mehr als zuvor ) auf die Schiene, der Zustrom ausländischer Arbeitnehmer und mit ihnen auch das Diktat ausländischer Gewerkschaften, Dumpinglöhnen und soziale Unruhen und ins grenzenlose wachsende soziale Leistungen, Ueberflutung mit Waren und Dienstleistungen aus der ganzen Welt, Finanzierung der Forschung und Weggabe des doch weltweit bekannten schweizerischen wissenschaftlichen "Know-How", usw.usf.

Im Gegensatz zu Bundesrat Couchepin ist jeder Schweizer, der Nein zu diesem Schritt, eben einem **Schritt zu viel, sagt und deshalb am 21. Mai Nein** stimmt nicht nur **kein schlechter Patriot**, sondern ein **kluger und mutiger Patriot**, weil er zur Annäherung an diesen von den Grossen dominierten hegemoniesüchtigen Block der EU Nein zu sagen wagt, und aus diesem Bewusstsein heraus auch das Abseits zur EU nicht zu fürchten braucht, weil auch diese in mehr Dingen auf die Schweiz angewiesen ist, als umgekehrt.